

Bezugspreis:

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 850 Pf., für ein Jahr 10.000 Pf., ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntage einmal.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile kostet 250 Pf., ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 5. Mai 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ewige Besetzung des Maingaues?

M. Genf, 4. Mai. Der 'Temps' meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Maingaues abgelehnt habe.

In dem Augenblick, wo die Besetzung der neutralen Zone des Ruhrgebietes auf das vorgeschriebene Maß verringert wird, diese Anführung! Die verbündeten Deutschnationalen und Rationalsozialisten müßten Millerand zu ihrem Ehrenpräsidenten ernennen!

Deutschlands ewige Schuldnechtschaft.

Chyloct Poincaré gegen Schuldbegrenzung.

In dem schon kurz ange deuteten 'Main'-Artikel schreibt der Präsident der Wiedergutmachungskommission unter der Überschrift 'Die Stimme der Ruinen', es scheint ihm, daß man besser in Dignitäten, in Sperrn, in Reims oder in Verdun eine Konferenz abhalten könnte, die der Ausführung des Friedensvertrages gewidmet sei, als in Spaas.

Deutschland befindet sich wirtschaftlich in der kritischsten Phase seiner Geschichte. Es werde sich aber wieder erheben, weil es bewundernswürdige Eigenschaften der Arbeit und Disziplin habe und gleichzeitig auch ein starkes nationales Gefühl.

Jedenfalls widersprechen die Grundzüge, die in den Artikeln 233 ff. festgelegt seien, der Festlegung, die 1919 von den Amerikanern und den Engländern vorgeschlagen und schließlich abgelehnt worden sei.

Baltische Wahlen.

Litauen und Lettland.

Die Wahlen zur litauischen Verfassungsgebenden Versammlung haben folgendes Ergebnis gehabt: 59 Christliche Demokraten, 29 demokratische Volkssozialisten, 18 Sozialisten, 6 Juden, 3 Polen, 1 Deutscher, 1 unparteiischer Arbeiter, zusammen 112.

Das lettische Parlament, das jüngst gewählt wurde, wobei die Sozialdemokraten mehr als ein Drittel aller Sitze erlangten, weist folgende Parteilagersplittierung auf: Sozialdemokraten 57, landlose Agrar-Partei 8, Bauernbund 26, Lettgallen 17, katholische Lettgallen 6, Regierungspartei 6, Christlich-Nationale 8, Kleinwirte 2, Deutsche 6, Demokratischer Verein 6, radikale Demokraten 6, Russen 4, Jüdisch-Bürgerliche 5, Lettgallische Volkspartei 1, Freirei 1 und Polen 1.

Pommerellens Wahl zum Polenreichstag.

Bromberg, 4. Mai. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Das Ergebnis der Wahlen zum polnischen Reichstag (Sejm), die am 2. 5. in Pommerellen (Westpreußen) stattfanden, liegt noch nicht vollständig vor, doch läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Stimmen der Deutschen trotz der großen Abwanderung über Erwarten fastliche Höhen aufweisen. Die Wahlbeteiligung war lebhaft.

Alliierten eine Mindestsumme von hundert Milliarden Goldmark versprochen, ohne späteren Festlegungen vorzuzureifen. Von diesen hundert Milliarden seien sechzig Milliarden sofort fällig.

Frankreich wüßte ebenso wie seine Verbündeten, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder erhebe, und wüßte auch mit ihm wieder normale Beziehungen aufzunehmen, aber dies alles unter der Bedingung, daß Deutschland an Frankreich bezahle, was es ihm schulde.

Was Poincaré mit all dem will, ist klar! Nicht der Oberste Rat, der schließlich doch nicht über die Tatsachen hinwegsehen kann, soll Deutschlands Schuld festsetzen, sondern das französische Parlament mit seiner Mehrheit von einsichtslosen Fanatikern soll Deutschlands Schuldnechtschaft bereuigen.

Die Streiks in Frankreich.

Verhaftungen und Schlägereien.

Paris, 4. Mai. Die Lage bei den Eisenbahnen ist unverändert, die Angestellten der Handelsmarine streiken zu meist, die Bergarbeiter fast überall. Inzwischen sind zahlreiche weitere Verhaftungen in der Provinz vorgenommen worden.

U. S. A. gegen Linkssozialismus.

Dem Führer der französischen Sozialistenpartei Jean Longuet ist die Einreise nach Nordamerika als lästigem Ausländer verweigert worden.

Der bekannte irische Streikagitator Jim Larkin ist wegen 'anarchistischer Verbrechen' zu der unbestimmten Strafe von 5-10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

'In andere Luft'.

Die Verschiebung verfassungstreuer Truppen.

Hamburg, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Vor einiger Zeit wurden, wie damals berichtet, die während des Rapp-Bußches treu zur Verfassung stehenden Harburger Reichwehrruppen auf höheren Befehl angeblich zum Grenzschutz im Osten abtransportiert.

Die Reichskonferenz.

Heute um 10 Uhr vormittags tritt im Reichstag die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei zusammen, die dazu berufen ist, die Richtlinien unserer Politik im Wahlkampf festzulegen.

Die Sozialdemokratische Partei ist als die größte Deutschlands in die Wahlen zur Rationalsversammlung im Januar des vorigen Jahres eingetreten, sie ist, trotz der Parteispaltung, auch aus jenen letzten Wahlen als die weit-aus größte hervorgegangen.

Die Stärke unserer Partei hat uns gezwungen, nach dem Zusammenbruch an maßgebender Stelle in der Regierung mitzuwirken. Umgekehrt hat ihre Schwäche den Unabwägigen die angenehme Gelegenheit gegeben, sich von jeder Verantwortung fernzubalten und sich in der Rolle des Kritikers zu üben.

Die Reichskonferenz wird sich der Schwierigkeit bewußt sein, die der Partei aus dieser Lage erwachen. Es ist nur selbstverständlich, daß die Schmerzen des Volkes, und besonders seiner sozial tiefgestellten Schichten, auch in unserer Partei, und gerade in ihr, sich am allerstärksten fühlbar machen.

Die Kritik hat aber die Sozialdemokratische Partei nie gescheut, und sie beweist ihre Kraft und ihr gutes Gewissen, wenn sie unmittelbar vor den Wahlen eine Vertreterkonferenz aus dem ganzen Reich einberuft, in der es an Stimmen der Kritik wahrscheinlich nicht fehlen wird.

Kritik ist aber nur dann wertvoll, wenn sie neue schöpferische Gedanken in sich birgt. Da aber liegt der Gefahren: so lebhaft die Kritik heute ist, bis in die Reihen unserer Partei hinein, so selten sind die neuen fruchtbaren Anregungen.

Als eine solche fruchtbare Anregung kann die vorbehaltlose Verurteilung und das unbedingte Abschneiden jeder Koalitionspolitik nicht gezählt werden. Die Frage der Koalitionspolitik kann nur dann ausgediskutiert werden, wenn unsere Partei entweder so schwach wird, daß sie für eine Koalition nicht mehr in Betracht kommt — was niemand wünscht und erwartet — oder aber, wenn sie so stark wird, daß sie aus ihren eigenen Reihen eine zuverlässige parlamentarische Mehrheit bilden kann.

Fällt aber die Entscheidung des Volkes nicht so rein, dann stehen wir abermals vor der Frage, ob wir das Geschäft des Regierens den bürgerlichen Parteien allein überlassen wollen, oder ob uns unsere Pflicht dazu zwingt, die Interessen der Arbeiterklasse wie im Parlament so auch in der Regierung zu vertreten.

Das ist eine Frage, die nicht aus einer augenblicklichen Stimmung entschieden werden kann. Wenn man sieht, wie sich die Deutschnationalen bemühen, als Ergebnis der Wahlen einen bürgerlichen, antisozialdemokratischen Regierungsbund zustande zu bringen, so muß man zum mindesten süchtig werden gegenüber einer Politik, die jedes Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien von vornherein und unter allen Umständen ausschließt.

Bebel sagte, wenn er den Beifall der Gegner finde, wisse er sofort, daß er eine Dummheit gemacht habe. Was könnte uns aber bedenklicher machen gegenüber einer uns vorgeschlagenen Politik als die Beobachtung, daß sie die lebhafteste Zustimmung unserer Parteifreunde findet?

In die Opposition zurückzutreten kann die Partei nur mit der Absicht, bei den nächstfolgenden Wahlen als die Partei der Volksmehrheit, also als die zur Regierung berufene Partei zurückzukehren. Davor müssen sich die Parteigenossen gewöhnen, daß in den Wahlkämpfen innerhalb der Demokratie um die reale Macht gekämpft wird, und daß man den Mut haben muß, die Kritik zu ertragen, von der keine regierende Partei verschont bleibt.

Es hilft nichts, wie es die Unabhängigen tun, dem arbeitenden Massen ein fernes Zukunftsziel zu zeigen und sich der billigen Ausrede zu bedienen, man sei erstweilen noch zu schwach, es zu erreichen. Eine solche Politik des Verdrängens auf morgen und übermorgen ist nicht angebracht gegenüber einem Volk, das heute schon frei über sein eigenes Schicksal entscheidet. Sie ist nicht angebracht in einer Zeit, in der mit bloßem Probeweisen gar nichts geschafft ist, in der die brennenden Rufe des Volkes ein sofortiges Handeln erfordern.

Auf Zukunftsziele verzichtet wer nicht, der ihnen schon in der Gegenwart den Weg bereitet. Die Reichskonferenz wird hoffentlich die Welt nicht im geringsten Zweifel darüber lassen, was unser letztes Ziel ist. Diekmil Ziel näher zu kommen, ist unsere Aufgabe auch in diesem Wahlkampf.













